

«Caroni überschreitet eine rote Linie»

Parlamentarier abhören und Quellenschutz aushebeln? Der FDP-Ständerat will die Gerichtskommission disziplinieren – und löst Kritik aus.

Nina Fargahi

Die Suche nach einem geeigneten Bundesanwalt überfordert die Gerichtskommission, der Andrea Caroni vorsteht. Bereits zum dritten Mal wird die Stelle ausgeschrieben. Immer wieder landen vertrauliche Informationen oder Interna, wie zum Beispiel die Namen der Bewerber, in den Medien.

Deshalb rüttelt Caroni jetzt an Tabus. Wie er CH Media sagte, sollen Parlamentarier bei Personalfragen abgehört und der Quellenschutz von Journalisten aufgehoben werden. Diese Forderungen rufen Kritik hervor.

Dominique Strebel, Studienleiter an der Schweizer Journalistenschule MAZ, hat zwar Verständnis für die schwierige Aufgabe des Präsidenten der Gerichtskommission. Doch er sagt: «Die Forderung nach Aufhebung des Quellenschutzes für Journalisten ertönt immer, wenn der Staat seinen Laden

nicht im Griff hat.» Das Problem sei nicht der Quellenschutz und die Medien, sondern die Mitglieder der Gerichtskommission, die ihre Aufgabe und die Geheimhaltung zu wenig ernst nehmen würden. An dieser Stelle müsse Caroni für Ordnung sorgen, statt den Überbringer der schlechten Nachricht zu köpfen. Rechtlich, rechtsstaatlich und demokratiepolitisch seien diese Forderungen bedenklich, so Strebel. «Der Quellenschutz ist in der Schweiz die Norm.» Er kann nur im Fall von 25 gesetzlich bestimmten Delikten durchbrochen werden, die in der Regel hohe Rechtsgüter schützen wie Leib und Leben, also zum Beispiel in Fällen wie Mord oder Tötung. Das sei auch richtig so, denn das Vertrauen von Informanten in den Quellenschutz sei zentral für die Arbeit der Medien. «Deren Aufgabe ist es ja auch, Missstände – wie etwa das Wahlfiasco der Gerichtskommission im Fall des

«Der Quellenschutz ist ein unbestrittener Grundsatz.»



Kurt Fluri
FDP-Nationalrat

Bundesanwalts – öffentlich zu machen», sagt Strebel.

Kritisiert werden Caronis Forderungen auch im Parlament. Mitte-Präsident Gerhard Pfister twitterte: «Lächerlich.

Das Problem sind nicht die Journalisten, sondern Politiker, die die Klappe nicht halten wollen. In der gleichen Woche fordert eine andere Kommission genau das von Wissenschaftlern, was ihre Kollegen der Gerichtskommission nicht können wollen.»

Auch für SP-Fraktionschef Roger Nordmann gehen diese Forderungen in eine falsche Richtung. «Ständerat Caroni hat ein echtes Problem mit der Vertraulichkeit in seiner Gerichtskommission», sagt er auf Anfrage. Dieses Problem könne man jedoch nicht mit repressiven Mitteln lösen, so Nordmann. «Damit rüttelt man an den Grundfesten der Demokratie.»

Der Grünen-Präsident Balthasar Glättli verurteilt zwar den Bruch des Kommissionsgeheimnisses scharf, sagt aber: «Caroni überschreitet selbst eine rote Linie, wenn er deswegen den Quellenschutz aufheben will.» Der Quellenschutz sei ein wesentlicher Pfeiler der Pressefrei-

heit. Glättli will die Hürde zur Aufhebung des Quellenschutzes nicht senken.

SVP-Nationalrat: Caroni solle führen oder gehen

Derweil sagt FDP-Nationalrat Kurt Fluri, die Forderungen seines Parteikollegen seien wohl Ausdruck von dessen Ärger über den ganzen Prozess in der Gerichtskommission: «Der Quellenschutz ist ein unbestrittener Grundsatz, den man nicht einfach aushebeln kann, auch nicht für eine bestimmte Funktion.»

Wenn, dann müsste man den Quellenschutz generell aufheben, und das komme für ihn keineswegs in Frage. Ausserdem glaubt Fluri nicht, dass sich allein aufgrund der Indiskretionen kein Kandidat für das Amt des Bundesanwalts finden lässt. «Das Geschäft unterliegt zu stark parteipolitischen Kriterien.» Deswegen gleich demokratische Grundsätze in Frage zu stellen, sei keine Lösung.

Harscher formuliert es SVP-Nationalrat Thomas de Courten. Ständerat Caroni habe offensichtlich weder seine Kommission im Griff, noch scheine er in der Lage, seinen Auftrag zu erfüllen. «Weder eine Entmündigung der Volksvertreter noch eine Hexenjagd in den Medien löst das Problem der Indiskretionen.» Seine Forderungen könnten daher nicht wirklich ernst gemeint sein und seien wohl eher Ausdruck seines Ärgers über sein eigenes Unvermögen. «Er sollte führen statt lamentieren – oder die Konsequenzen ziehen.»

Bereits in der «Samstagsrundschau» von Radio SRF hatte Caroni seinem Frust mit folgender Aussage Luft gemacht: «Mindestens jemand in dieser Kommission, und ich sage es fadengerade heraus, ist hochgradig kriminell.» Zudem bezeichnete er Medienschaffende, die Interna aus Kommissionen publizieren, als Hehler.

Männer gesucht!

Gleichstellung geht auch andersrum: Für welche Jobs der Bund explizit Bewerber einstellen will.

Es ist ein Satz, der so oder so ähnlich oft in Stelleninseraten zu lesen ist: Bei gleicher Qualifikation würden Bewerberinnen bevorzugt. Gerade die Bundesverwaltung steht in der Pflicht, sich vorbildlich um weibliche Angestellte zu bemühen. Umso aussergewöhnlicher ist es (noch), wenn Männerförderung vonnöten wird.

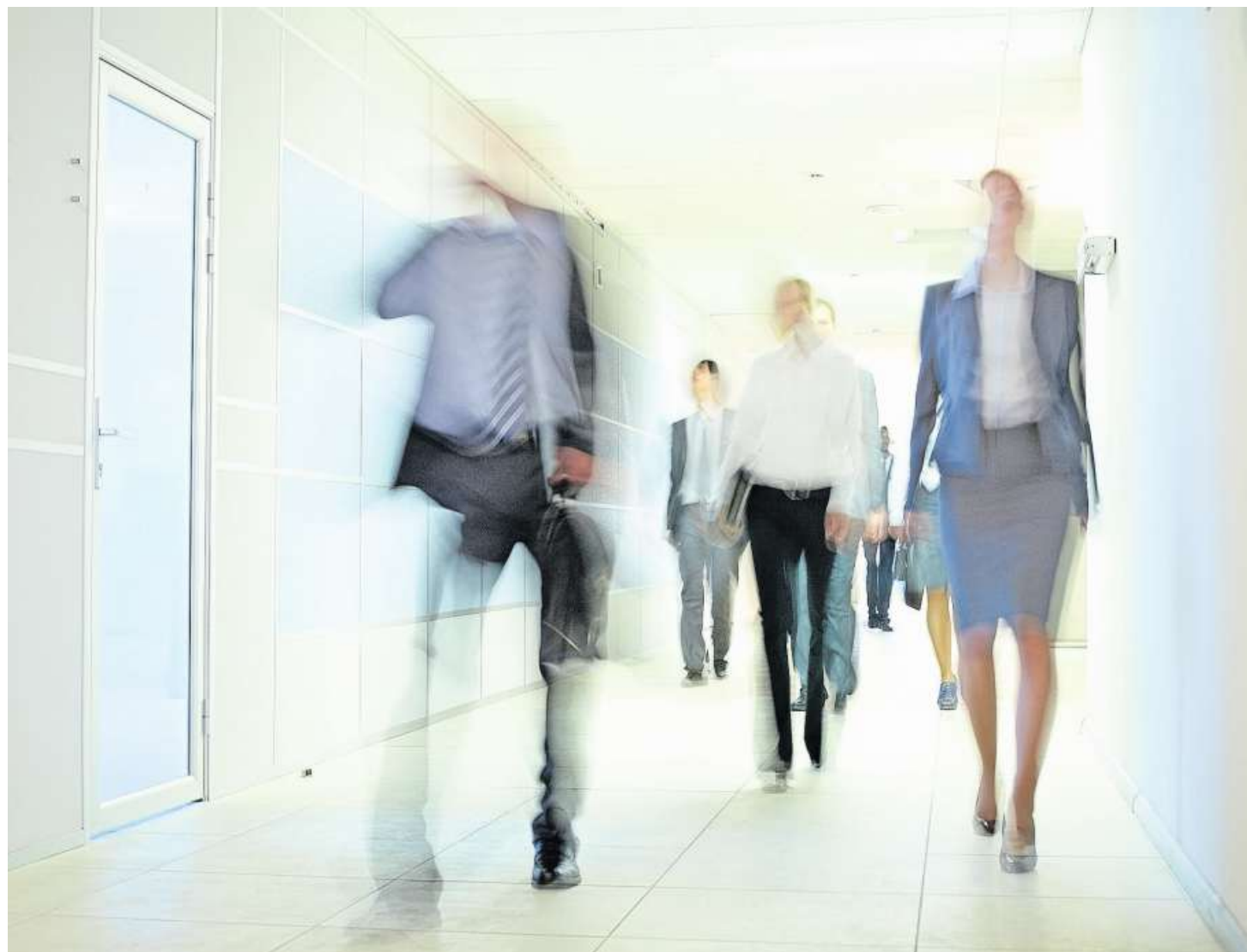
Unter den Hunderten Stellenausschreibungen des Bundes stechen dieser Tage zwei heraus. «Für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis wird Bewerbungen von Männern besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht», heisst es darin.

Eine Formulierung mit Seltenheitswert. Gesucht werden ein administrativer Assistent und ein Hochschulpraktikant. Hinter den Stellenanzeigen steckt – ausgerechnet: das eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann (EBG) im Innendepartement von Alain Berset.

Ein Ungleichgewicht im Gleichstellungsbüro

Gleichstellung einmal andersrum also? Fakt ist: In der Bundesverwaltung gilt die Geschlechterparität als Ziel. Der Bundesrat legt entsprechende Sollwerte fest; so wird übergreifend ein Frauenanteil von 46 bis 50 Prozent angestrebt. Gibt es in Abteilungen einen «spezifischen Überhang eines Geschlechts» – wie es im Beamtenjargon etwas sperrig heisst –, sollte das andere Geschlecht bei Stellenausschreibungen speziell angesprochen werden. Fakt ist jedoch auch: In der Praxis betrifft dies vor allem Kaderpositionen, in denen Frauen untervertreten sind.

Das ist es, was die EBG-Ausschreibungen so bemerkenswert macht. Weder muss eine Über-



Das Gleichstellungsbüro des Bundes sucht händeringend nach männlichen Mitarbeitern.

Bild: Getty Images

vertretung von Männern ausgeglichen werden, noch handelt es sich um Jobs für Kader. Just die Gleichstellungshüterinnen der Nation kämpfen bei ihrer eigenen Belegschaft mit einem Ungleichgewicht. Zwar konnte das Büro seinen Männeranteil in den vergangenen Jahren erhöhen.

Doch noch immer besteht das zwanzigköpfige Team zu fast zwei Dritteln aus Frauen. «Im Gleichstellungsbereich betäti-

gen sich nach wie vor mehr Frauen als Männer», begründet dies EBG-Sprecherin Hanna Jordi.

Um das ausgewogene Geschlechterverhältnis im Gleichstellungsbüro zu fördern, schreiben man heute in Stellenausschreibungen konsequent den Passus, wonach Bewerbungen männlicher Kandidaten «besondere Aufmerksamkeit» geschenkt werde. Damit sollen Männer zu einer Bewerbung er-

muntert werden, sagt Jordi. Zugleich betont sie aber: «Es heisst freilich nicht, dass diese dann bevorzugt werden.» Ausschlaggebend für die Anstellung bleibe die fachliche und persönliche Eignung für einen Posten.

Auch ein Zeichen des Fortschritts?

Ohnehin wäre aus rechtlicher Sicht die explizite Benachteiligung eines Geschlechts heikel.

Zulässig sind jedoch Fördermassnahmen – im Sinne, dass das benachteiligte Geschlecht bis zu einem gewissen Grad privilegiert werden darf.

Gleichzeitig sind entsprechende Phrasen in Stellenausschreibungen nur so lange in Ordnung, wie ein Geschlecht in einem Bereich klar untervertreten ist. Bezeichnend ist allein schon, dass die einschlägige Literatur dazu fast nur Konstel-

«Für ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis wird Bewerbungen von Männern besondere Aufmerksamkeit entgegengebracht.»

Stellenausschreibung des Gleichstellungsbüros

lationen anführt, in denen Frauen das Nachsehen haben.

In seinem Alltag ist das Gleichstellungsbüro des Bundes auch 30 Jahre nach seiner Gründung vornehmlich damit beschäftigt, die Chancengleichheit für Frauen herzustellen. So präsentieren sich die vorherrschenden Bedingungen. Bei sich selbst muss es allerdings den Spiess umdrehen – was manche als Ironie, andere wiederum als Zeichen des Fortschritts bezeichnen dürften.

Die Männerförderung in eigener Sache versteht das Büro nicht als Pflichtaufgabe. Im Gegenteil: Die Ausgewogenheit der Geschlechter als Erfolgsfaktor sei mehrfach wissenschaftlich belegt, betont EBG-Sprecherin Jordi. «Je ausgewogener ein Team besetzt ist, umso repräsentativer ist es für die Gesellschaft. Und von umso mehr Perspektiven profitiert die Organisation.»

Sven Allematt